



Presseinformation der Stadt Guben

vom 10. September 2019

Hilferuf - Gespräche mit den Eltern und Lehrern der Friedensschule

Am 03.09.2019 hatten besorgte Eltern von Kindern der Friedensschule Grundschule einen offenen Brief an die Stadtverwaltung Guben und das Schulamt Cottbus verfasst. In diesem Brief wurde von einem verbalen sowie körperlich aggressiven Verhalten zweier Schüler der 6. Jahrgangsstufe berichtet. Laut des Elternbriefes kommt es seit mehreren Wochen zu körperlichen Angriffen, Diskriminierungen und Belästigungen in der Schule. Auch von körperlichen Übergriffen außerhalb des Schulgeländes ist die Rede. Aus Sicht der Eltern ist von Seiten der Schule bis lang zu wenig dagegen unternommen worden, obwohl die Vorfälle der Schule bekannt sind. Nach diesem „Hilferuf“ der Eltern reagierte Bürgermeister Fred Mahro sofort und nahm Kontakt mit dem Direktor der Friedensschule Grundschule, Herrn Frank Müller, auf. Anschließend folgten Gespräche mit Herrn Frank Nedoma, Schulrat für Grundschulen, Herrn Rammholdt, Leiter der Polizeiwache Guben sowie dem Landrat Herrn Harald Altekrüger. Um die Vorwürfe vorbehaltlos aufzuklären lud Bürgermeister Fred Mahro am 09.09.2019 alle besorgten Eltern, Schuldirektor Frank Müller sowie Schulrat Frank Nedoma in die Stadtverwaltung Guben ein. Es sind 67 Mütter und Väter der Einladung des Bürgermeisters gefolgt.

Zunächst informierte der Fred Mahro über die Aktivitäten seit Eingang des Briefes. Anschließend nahm der Direktor der Schule zu den Vorwürfen Stellung und informierte die Eltern über Maßnahmen und Aktivitäten in den vergangenen Monaten (also schon vor Eingang des Briefes des Vaters). Anschließend kamen die Eltern zu Wort und begründeten ihre Sorgen.

Einigkeit bestand darin, dass Gewalt, in welcher Form auch immer, keinen Platz in einer Schule haben darf. Deshalb muss diese Art einer Konfliktbewältigung grundsätzlich erfasst werden und mit geeigneten Mitteln entgegnet werden. Um hier erfolgreich zu sein, kann es nur ein Miteinander von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, den Sozialarbeiterinnen, dem Schulamt und der Stadtverwaltung geben. Nur wenn alle Beteiligten, sowohl im Schulbetrieb aber auch in der Freizeit, hin- und nicht wegschauen kann der Gewalt an Schulen entgegengewirkt werden.

Zur Verbesserung der Situation wurden zahlreiche Maßnahmen verabredet. Unter anderem sollen:

- die Gespräche mit den Eltern und den auffälligen Kindern unter Hinweis auf Verhaltensnormen sowohl in der Schule als auch beim Bürgermeister fortgesetzt werden
- eine Anforderung von Unterstützung beim Jugendamt gestellt werden
- die Arbeit des Präventionsrates mit den Schulen forciert werden
- eine Verbesserung der Kommunikationslinien innerhalb und zwischen den Behörden und Eltern organisiert werden
- die Prüfung einer, möglicherweise befristeten, Erhöhung der Wochenstundenzahl der Sozialarbeit an der Schule
- zusätzlich Angebote zur Prävention in den Schulen und Freizeiteinrichtungen unterbreitet werden und

- Informationen über Sanktionen in Fällen auffälliger Kinder auch über die Schulkonferenz erfolgen.

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass damit die Probleme nicht ad hoc gelöst werden können, viel mehr ist die weitere Zusammenarbeit zwischen den Eltern, der Schule und der Stadtverwaltung nötig. Die Maßnahmen können zur Verbesserung der Situation beitragen und auch auf andere Schulen im Stadtgebiet übertragen werden.